



Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.09.2022
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:18 Uhr
Ort, Raum:	im Sitzungssaal des Rathauses Tornesch, Wittstocker Str. 7

Anwesend

Sitzungsleitung

Christopher Radon CDU Tornesch

Gremienmitglieder

Artur Rieck	SPD Tornesch	
Ann Christin Hahn	B90/GRÜNE Tornesch	
Daniel Kölbl	CDU Tornesch	
Horst Lichte	SPD Tornesch	
Lars Janzen	B90/GRÜNE Tornesch	Vertretung für: Helmut Rahn
Sönke Pracht	CDU Tornesch	Vertretung für: Justus Schmitt
Henry Stümer	CDU Tornesch	
Gunnar Werner	FDP Tornesch	

Teilnehmer Kraft Amt

Sabine Kählert Bgm.in Tornesch

Verwaltung

Henning Tams	Verwaltung Tornesch
Rene Goetze	Verwaltung Tornesch
Torsten Kopper	Verwaltung Tornesch
Heike Lories	Verwaltung Tornesch
Stefan Pummer	Verwaltung Tornesch
Inga Ries	Verwaltung Tornesch
Ilsemarie Van den Borre	Verwaltung Tornesch
Sven Wohlers	Verwaltung Tornesch

Abwesend

Gremienmitglieder

Helmut Rahn

B90/GRÜNE Tornesch

entschuldigt

Justus Schmitt

CDU Tornesch

entschuldigt

Gäste:

Jean-Marie Poignon, GP JOULE Hydrogen GmbH – TOP 7

Johanna Martin, GP JOULE Hydrogen GmbH – TOP 7

Momme Feddersen, GP JOULE Hydrogen GmbH – TOP 7

Frank Andresen, ENERTRAG – TOP 7

Lars Kuhlmann, ENERTRAG – TOP 7

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung
- 2 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.06.2022
- 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Anfragen von Ausschussmitgliedern
- 5.1 Anfrage der FDP-Fraktion zur Reinigung an der Johannes-Schwennesen-Schule VO/22/805
- 6 Entwurf des Sitzungskalenders 2023 VO/22/779

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung

Beschluss:

Die vorgeschlagene Tagesordnung (TO) wird beschlossen. Die Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte (TOP) 7 bis 10 in nichtöffentlicher Sitzung wird ebenfalls beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	4	--

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende erklärt, dass wegen der Anwesenheit von Einwohner*innen, die augenscheinlich wegen der Beratung des Dringlichkeitsantrages der Fraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der SPD zur Reinigung der städtischen Gebäude, erschienen sind, die Regularien. Er empfiehlt die Beratung des Dringlichkeitsantrages im nichtöffentlichen Teil der Sitzung, da aus seiner Sicht vertragliche Angelegenheiten berührt werden. RF Hahn widerspricht dieser Auffassung; ihrer Meinung nach werden keine Sachverhalte genannt, die nicht öffentlich beraten werden könnten.

RH Kölbl schlägt eine Diskussion in der Einwohnerfragestunde vor und eine weitere im nichtöffentlichen Teil der Sitzung, da seine Fraktion Fragen zum Vertrag habe, die nicht öffentlich beraten werden können.

Frau Ries erklärt, dass unter dem TOP Einwohnerfragestunde keine Beschlüsse gefasst werden können, eine Beratung und Beschlussfassung des Antrages daher unter dem gesetzten TOP stattfinden kann.

RH Werner sieht die Dringlichkeit gemäß der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) als nicht gegeben. Er erkennt die Emotionalität des Themas und den Druck der Öffentlichkeit an, weist aber darauf hin, dass sich der Ausschuss an die gesetzliche Vorgabe zuhalten habe. Frau Ries macht deutlich, dass „Dringlichkeit“ auch ein Zustand sein kann, den es unverzüglich zu beheben gilt.

RF Hahn erklärt, dass der Antrag jetzt von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD gestellt wurde, da im Ausschuss für Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildung (JSSKB) am 5. September von einem Mitglied der FDP-Fraktion signalisiert wurde, die anderen Fraktionsmitglieder von der Notwendigkeit und der Dringlichkeit der Angelegenheit zu überzeugen. Damit wären die Mehrheitsverhältnisse nach zwei Jahren zugunsten der Eigenreinigung umgeschwenkt.

Dringlichkeitsanträge benötigen eine 2 / 3 Mehrheit (hier: 6 Ja-Stimmen), um nachträglich auf die TO gesetzt zu werden.

Über den Antrag der CDU-Fraktion zur Beratung des Dringlichkeitsantrag „Reinigung der städtischen Gebäude, Rückkehr zur bewährten Reinigung durch städtischen Mitarbeiter“ der Fraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der SPD im öffentlichen Teil im Rahmen der Einwohnerfragestunde sowie im nichtöffentlichen Teil der Sitzung (Vertragsinhalte) wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	4	1

Der Antrag gilt somit als abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt über den Dringlichkeitsantrag zur Erweiterung der Tagesordnung „Reinigung der städtischen Gebäude, Rückkehr zur bewährten Reinigung durch städtischen Mitarbeiter“ der Fraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der SPD in der vorliegenden Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	5	--

Der Antrag ist abgelehnt und wird nicht in den heutigen Beratungen berücksichtigt.

Die Verwaltung zieht die Vorlage zum TOP „Erlass einer 6. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Tornesch über die Entschädigung in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungssatzung)“ zurück.

Mangels Beratungsbedarf wird der TOP „Ausübung des gemeindlichen Vorkaufrechts“ von der TO genommen.

2 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:

Frau Nina Jantschak, wohnhaft An der Schmiede in Tornesch meldet sich zu Wort. Sie und andere Eltern fühlen sich von den gewählten politischen Vertreter*innen nicht verstanden und vertreten. Es scheint, dass es der Politik um politische Ziele, aber nicht um die Gesundheit der Schüler*innen der Johannes-Schwennesen-Schule (JSS) ginge.

Herr Florian Bauer, Louise-Schröder-Ring in Tornesch fragt, warum der Dringlichkeitsantrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der SPD nicht öffentlich beraten werden kann, der öffentlichen Beratung der Anfragen der FDP jedoch nichts entgegensteht? RH Kölbl erwidert, dass die Fragen, welche die CDU hat, tiefergehender seien, als die im FDP-Anfrage. Er stellt fest, dass es zweifelsfrei der Wille von CDU und FDP gewesen sei, städtische Stellen im Reinigungsdienst nicht nachzubesetzen, sondern Reinigungsreviere nach und nach an die private Vergabe freizugeben. Die Verwaltung habe den Auftrag, den Beschluss umzusetzen. Er schlägt vor, in einer Sondersitzung des HA vor den Herbstferien, den externen Dienstleister einzuladen und ihm die Möglichkeit zugeben, seine Sichtweise darzustellen. Die Verwaltung hätte die Möglichkeit im Fall der Schlechtleistung eine Nachbesserung, Rechenkungskürzung und schließlich eine Ersatzvornahme durch einen anderen Anbieter durchführen zu lassen. Er möchte detailliert wissen, wie oft dies geschehen ist und welche Beträge einbehalten worden seien

Die Bürgermeisterin erwidert, dass die Reinigung an der Schule um ca. 22.00 Uhr abgeschlossen ist. Die städtischen Mitarbeiter*innen müssten nach 22.00 Uhr in der Schule kontrollieren um ggf. dann, einen anderen Reinigungsdienst zu beauftragen (Arbeitszeitschutzgesetz, tarifliche Mehrkosten/Zeitzuschläge durch Nachtarbeit sind zu berücksichtigen). Die Reinigung sollte idealerweise vor Beginn des Unterrichts vorgenommen werden. Bei genauer Betrachtung lässt sich erkennen, dass dieses Vorgehen nicht umsetzbar sei, denn es werde kaum ein Reinigungsunternehmen zu finden sein, dass im Standby für unvorhersehbare Mängelbeseitigung für die Stadt Tornesch Personal vorhalten werde. Eine verlässliche Reinigung ist zwingend erforderlich; der eigene Reinigungsdienst würde dies leisten.

Zudem macht die Bürgermeisterin deutlich, dass die Umsetzung politischer Beschlüsse reines Verwaltungshandeln sei. Beschlüsse der politischen Gremien werden durch den oder die gesetzliche/n Vertreter/in oder durch die beauftragten Mitarbeitenden umgesetzt. Die Stadt Tornesch stehe in einem Vertragsverhältnis mit dem Reinigungsunternehmen. Insoweit ist auch in diesem Fall die Bürgermeisterin mit den beauftragten Mitarbeitenden allein zuständig und kann Vertragsangelegenheiten regeln. Die politischen VertreterInnen haben die Möglichkeit der Akteneinsicht, die jederzeit ermöglicht werden kann. Ein Zusammensetzen mit der Reinigungsfirma unter Beteiligung politischer Vertreter*innen

würde daher nicht zielführend sein. Zur Sache wird weiter berichtet, dass fortlaufend Gespräche zwischen Reinigungsfirma und Verwaltung stattgefunden haben, die nicht zur Verbesserung des Reinigungsergebnisses geführt hätten. Die politischen Vertretungen wurden fortlaufend mit Statusberichten im Hauptausschuss – unter Beifügung von Screenshots über den Mailverkehr als auch Fotos – über die Schlechtleistung der Reinigungsfirma informiert. Auch die Behauptung, dass die Fremdreinigung der Schulen in anderen Städten erfolgreich sei, soll nicht den Tatsachen entsprechen.

Frau Kählert hat auf Nachfrage bei anderen Kommunen die Auskunft erhalten, dass die Eigenreinigung überall sorgfältiger arbeitet. Die Schulleitungen der benannten Stadt wurden kontaktiert und hätten darauf verwiesen, dass auch dort auf beklagenswerte Weise die Reinigungsdienste arbeiten würden und mittlerweile dort bereits die Hausmeister Reinigungsleistungen übernehmen. Ihr sei keine Stadt im Kreis Pinneberg als gutes Beispiel für die Reinigung von Schulen durch Privatunternehmen bekannt. Auch die Reinigung der übrigen städtischen Quartiere ist mangelhaft und wird langfristig für eine vorzeitige Abnutzung und damit frühere Ersatz- oder Sanierungsnotwendigkeiten sorgen.

Für RF Hahn ist es offensichtlich, dass hier ein politisches Kräftemessen betrieben wird.

Herr Lichte drückt sein Befremden darüber aus, dass sich politische Vertreter*innen mit einem Dienstleister der Stadt zusammensetzen und austauschen wollen. Dies sei ohne Frage Verwaltungshandeln und zeuge von Misstrauen gegenüber der Verwaltung.

Herr Bauer wiederholt, dass die Eltern eine Lösung wünschten und keine Schuldzuweisungen. Die städtischen Mitarbeiterinnen verbrachten viele Stunden zum Kontrollieren und Nacharbeiten in der JSS. Herr Bauer stellt die Abläufe einer Schulreinigung dar und schließt sich der Auffassung der Bürgermeisterin an, dass die Idee einer Ersatzvornahme, wie von RH Koelbl angeführt nicht zielführend und auch nicht umsetzbar sein würde. Er kommt zu dem Fazit, dass der Versuch eine wirtschaftlichere Lösung durch den Einsatz eines Privatunternehmens als gescheitert anzusehen sei und im Sinne der Gesundheit der Kinder es nunmehr darum gehen müsse, dieses Problem zu lösen. Er fragt, warum heute nicht der Beschluss gefasst werden kann, zum städtischen Reinigungsdienst zurückzukehren.

Herr Andreas Uhde berichtet, dass Kinder die Toiletten der JSS meiden würden und mit Bauchschmerzen von der Schule abgeholt werden müssten. Wie lange soll noch analysiert werden? Der Weg zu einer besseren Hygiene an der JSS sollte heute nicht vertan werden.

Für RH Janzen sollte das Thema nicht parteipolitisch betrachtet werden. Die anwesenden Ratsleute wurden verpflichtet, gemäß einer ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Obliegenheiten, zu der sie bei Übernahme ihrer Tätigkeit verpflichtet wurden, zu entscheiden und dies sollten sie auch tun. Er sieht hier ein gewaltiges Problem, das evtl. auch zu einem rechtlichen Problem werden könnte. Er bittet darum, die Thematik mit „gesundem Menschenverstand“ zu betrachten und eine für die Kinder gute Lösung zu finden. Er fragt die Bürgermeisterin nach dem schnellsten Weg des Handelns. Die Verwaltung müsste einen Teil des Vertrages kündigen. Frau Kählert erläutert, dass es die Möglichkeit gebe zur Reinigung durch Mitarbeitende der Stadt zurückzukehren, wie bereits mehrfach empfohlen wurde. Um entsprechende Personalressource zu erhalten, ist ein Stellenbesetzungsverfahren anzustoßen. Hierbei könne sie lediglich eine Stellenbesetzung befristet auf sechs Monate im Rahmen des Budgets vornehmen, da keine Planstellen im Stellenplan 2022 für die erforderlichen Reinigungskräfte ausgewiesen sind.

Herr Goetze beantwortet die Frage von RF Hahn, nach einer Grundreinigung in den Herbstferien. Er erläutert, dass auch eine Grundreinigung an der Situation nichts ändern werde, da nach wenigen Tagen die Essens- sowie Sanitärbereiche wieder durch Schlechtleistung verschmutzt wären. Zudem stellt er klar, dass die städtischen Mitarbeitenden, die heute ebenfalls anwesend sind, sich täglich dafür einsetzen, dass die Schule in einem guten Reinigungszustand ist. Sie melden sofort Mängel und das bereits seit zwei Jahren, ohne erkennbare nennenswerte Verbesserung. Sie berichten und dokumentieren und haben die Aufforderung erhalten sich noch mehr anzustrengen, damit es klappt.

Die Schulleiterin der JSS, Frau Wieduwilt, berichtet, dass sie die Betriebsärztin des Landes Schleswig-Holstein über die Hygienemängel an der Schule, unter denen Schüler*innen, Lehrkräfte und städtisches Personal leiden, informiert habe. Es könne nicht sein, dass die Lehrer*innen vor Unterrichtsbeginn putzen und desinfizieren würden. Kein externer Reinigungsdienst hat so ordentlich gearbeitet wie die städtischen Mitarbeiter*innen. Wenn sich die Zustände nicht umgehend verbessern, ist sie sich sicher, dass die Betriebsärztin des Landes ihrer Einladung folgen werde. Die dann folgenden Maßnahmen wären abzuwarten.

Frau Bianca Krohn, Pinnauring, merkt an, dass bei den eklatanten hygienischen Zuständen wie an der JSS jeder Gastronomiebetrieb bereits geschlossen wäre. Sie würde ihr Kind gerne zuhause lassen, es gebe jedoch eine Schulpflicht, die sie zu beachten habe.

Auf Antrag von RH Janzen wird die Sitzung von 20.00 bis 20.20 Uhr unterbrochen.

RH Janzen bittet die Bürgermeisterin, seine Rechtsauffassung zu bewerten. Danach sei er der Meinung, dass die Bürgermeisterin bei Gefahr im Verzuge einschreiten könne. Hier sei die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und des städtischen Personal in Gefahr. Deshalb müsse sie im Rahmen des bereitgestellten Budgets Einstellungen vornehmen können, bis dann ein Beschluss seitens der politischen Gremien vorliege. Die Bürgermeisterin teilt mit, dass sie befugt sei, im Rahmen des Budgets und im Fall der Gesundheitsgefahr - allerdings lediglich befristet für 6 Monate - Reinigungskräfte einzustellen, damit die Reinigung ordnungsgemäß erfolgen kann. Angesichts der unterschiedlichen Sichtweisen bittet sie jedoch um entsprechende Bestätigung des Auftrages, der nunmehr aus der Diskussion entsteht, damit sie nicht später in Regress genommen werde.

Frau Ries weist ausdrücklich darauf hin, dass über diese Maßnahme Einigkeit herrschen muss, da eine Wiederbesetzungssperre besteht.

RH Kölbl erklärt, dass die CDU-Fraktion diese Entscheidung mitträgt und bittet, im November eine endgültige Entscheidung nach entsprechender Beratung zu treffen.

Es besteht Einigkeit unter den Mitgliedern des HA, dass eine befristete Einstellung von zwei Mitarbeitenden für den städtischen Reinigungsdienst mit der Option auf Verlängerung für weitere sechs Monate vorgenommen werden soll. Die Stellen sind entsprechend auszuschreiben.

RH Janzen bedankt sich bei den anderen Mitgliedern des HA für die konstruktive Lösung nach dieser kontroversen Diskussion.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.06.2022

Beschluss:

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 29.08.2022 werden keine Einwendungen erhoben; sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	--	2

4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Beratungsverlauf:

In der Sitzung des HA am 29.08.2022 wurden folgende Beschlüsse in nichtöffentlicher Sitzung gefasst:

@ Annahme einer Spende

@ Ersatzbeschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges 8, Standort Ost; hier: Auftragserteilung

@ Auftragsvergabe Standortvernetzung

@ An- und Verkauf von Grundstücken im Bereich des Gewerbegebietes Oha II.

5 Anfragen von Ausschussmitgliedern

5.1 Anfrage der FDP-Fraktion zur Reinigung an der Johannes-Schwennesen-Schule

VO/22/805

Beratungsverlauf:

RH Werner bedankt sich für die Antworten auf seine im Vorwege eingereichte schriftliche Anfrage, die jetzt analysiert werden. Nachfragen werden bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt gestellt.

6 Entwurf des Sitzungskalenders 2023

VO/22/779

Beschluss:

Der Sitzungskalender für das Jahr 2023 wird mit der gewünschten Änderung angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	--	--

Beratungsverlauf:

RH Rieck bitte um Verschiebung der RV vom 20.06.2023 auf einen anderen Termin. Fristenbedingt einigen sich die Mitglieder des HA auf den 19.06.2023.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.31 Uhr.

Vorsitz:

Christopher Radon

Schriftführung:

Ilsemarie Van den Borre